

ines Tages nur noch der Geringe noch Ohrfeuen offen bleibt und gelüßt werden muß.

Abgeordneter Bernhard (Dem.) erklärte, daß die Darstellung des Abgeordneten Stautz (Soz.) sich sehr weit von der Wahrheit entfernt habe. Zwar hätten die sozialdemokratischen Minister feierlich gegen das Panzerstück gestimmt, aber diese Erklärung sei doch sehr auf Stottern erlosigt (Heiterkeit). Der Sprecher einer Partei, der, wie die Sozialdemokraten in Preußen, mißbilligend durch eine gewisse Zurückhaltung an dem Zustandekommen des Weidensattelgesetzes veranlaßt sei, habe kein Recht in so hohen Tönen zu reden, wie der Abgeordnete Stautz. Auch ein Abgeordneter wie Sozialdemokratische Führung der Reichsregierung komme nicht wieder. Damit moche man es lediglich den Parteien schwer, mit der Sozialdemokratie eine Zuspitzung zu halten, die im Interesse geordneter Staatsführung durchaus notwendig wäre.

Die Frage der ersten Rate für das Panzerstück II sei für die Demokraten keine politische, sondern eine sachliche Frage. Die Demokraten haben es mehrfach ausgesprochen, und lassen nach wie vor an diesem Auswege fest, daß sie die Rate in diesem Akt ablehnen. Der Antrag des Abgeordneten Bräutigams, die Zustimmung zu vertagen, führt nicht zum Ziel. Die Demokraten haben schon vor einem Jahr die Vorlage eines langfristigen Flottenbauprogramms verlangt.

Dieses Verlangen hat sich auch mit dem Bannhufe des damaligen Kabinetts gehört, das ebenfalls über das zukünftige Flottenbauprogramm unter dem Namen des Reichsflottenbauprogramms mit dem Reichstag hierüber nicht erfragt. Seit der Ministerium bisher diesem Wunsch nicht entsprochen. Seit der

Johannes Volkelt †

In Leipzig ist im Alter von 81 Jahren der Genitor der deutschen Philosophie, Johannes Volkelt, gestorben. Volkelt, seit 1894 Ordinarius in Leipzig, hat hauptsächlich auf erkenntnistheoretischen und ästhetischen Gebiet gearbeitet. In das breitere Publikum ist er durch sein „Aesthetik der Kunst“ (1887) und sein „Aesthetik“, in dem er, auf metaphysischer Grundlage, den gesamten Kosmos der ästhetischen Welt zu einem lebenswunderwerten Komplex ordnete. Philosophisch hand Volkelt am dem Standpunkt eines kritischen Realismus, der die Metaphysik als eigenen Geltungsbereich betonte.

Vorlage eines solchen Flottenbauprogramms sollte bezweckt werden, die Möglichkeit zu schaffen, daß man in eingehenden Verhandlungen mit der Reichsregierung, welche für die Durchführung der Verleihen nützlichen Rüstungsarbeiten im Rahmen des Verleihen Vertrages noch ausschöpfen werden könnten.

Es wäre durchaus nicht richtig, rein ideologisch die mit ungenügenden Kosten verbundenen Schiffbauvorhaben, die uns der Verleihen Vertrag erlaubt. Man muß sich bedenken, daß der Verleihen Vertrag nicht nur positiv eine bestimmte Grenze festsetzt für den Ausbau unserer militärischen Verteidigungsmittel, sondern es hat sich auch gezeigt, daß das, was der Verleihen Vertrag uns zum Ausbau der Verteidigungsmittel erlaubt, gemäß oder ungenügend nicht immer möglich für uns ist. So ist z. B. das Verhältnis zwischen Infanterie und Kavallerie, das uns der Verleihen Vertrag gewährt, nach allen militärtechnischen Erfahrungen moderner Kriegsführung durchaus ungenügend. Genau so könnte es sein, daß der Verleihen Vertrag uns den Bau eines Panzerflottenes erlaubt, das freigelegentlich im Rahmen der üblichen Verteidigungsmittel ohne entsprechenden Aufwuchs ist, so daß ein großer Schaden daraus resultieren kann.

In diesem Sinne wünschen wir die Frage des Baues eines neuen Panzerflottenes zu betonen. Alle Mittel, die uns der Verleihen Vertrag gibt, zur Verteidigung des Vaterlandes, wollen wir benutzen, aber selbstverständlich nur diejenigen, die der heutigen Kriegszustand entsprechen. Es ist ja auch klar, daß die Zeiten für das neue Panzerflotten nicht durch Einparung der anderen Kosten aufgeschoben werden kann.

Denkmal zu errichten ist es aber, daß die Marineangehörigen, namentlich die Offiziere, sich bestreben, überall als gute Botschafter der deutschen Republik aufzutreten.

Curtius Genfer Reise

An den Empfang des Freiherrn von Neuzsch beim Reichspräsidenten von Hindenburg ist vielfach die Vermutung getrieben worden, daß von der Verfügung Neuzsch nach London nach Wien genommen werden würde, da der Reichstag selbst aus verhandlung und politischen Gründen, ohne seine Regierung zögerte, ein Verleihen Vertrag zu schließen. Diese Vermutung, daß die Übernahme des Reichsflottenbauprogramms nicht mehr zu gewähren ist. Da die italienische Regierung inzwischen auch das Verleihen Vertrag nicht, ist für einen der nächsten Tage mit der offiziellen Ernennung des Freiherrn von Neuzsch zum Londoner Botschafter, des Staatssekretärs von Schuber zum Reichstag in Rom und des Geheimrats von Billow zum Staatssekretär zu rechnen.

Früher ist nur, ob diese Ernennungen noch vor der Genfer Reise, des Reichspräsidenten Dr. Curtius beabsichtigt werden. Jedenfalls sieht fest, daß der Reichspräsident auf seiner Reise nach Oberwiesenthal von seinen gegenwärtigen noch seinen zukünftigen Staatssekretär begleitet werden wird. Borgeheft ist, daß an der Mattingung des Weidensattelgesetzes neben Dr. Curtius als Mitglieder der deutschen Delegation teilnehmenden: Reichspräsident Dr. Curtius, Generaloberst von Freytag, der Weidensattelgesetz Geheimrat Reichstag, der Reichstag für polnische Angelegenheiten in Auswärtigen Amt, sowie Geheimrat Raupmann von der Freischaubung der Reichsregierung.

Wichtige Angelegenheiten stehen auf der Tagesordnung der Mattingung des Weidensattelgesetzes nicht. Aber auf der Mattingung werden mindestens vier Angelegenheiten beraten sein, nämlich, Sonderber. Dr. Curtius und Dr. Galtz. Es ist selbstverständlich, daß die vier Vertreter der Reichspräsidenten über die polnische Verhandlung einvernehmlich der Mattingung folgen werden. In der Mattingung, daß Reichstag seinen Plan einer weitestgehenden Vereinbarung des europäischen Staaten zuerst zur Diskussion stellen wird.

Braun über Preußenpolitik

Etat im Landtag

Im Landtag fand der Ausschuß des Staatsministeriums und das Gehalt des Ministerpräsidenten zur Debatte.

Ministerpräsident Dr. Braun wandte sich zunächst gegen die Angriffe der Rechten, weil er am Volksertrag nicht teilgenommen, sondern auf einer Reichsbankausgabe gebunden habe. Er sagte noch einmal ausdrunder, daß der Volksertrag keine öffentliche Staatsausgabe, sondern die eines privaten Vereins sei, und daß selbst die Anstalten in diesem privaten Verein dardrüber gingen. Bei dem Volksertrag habe auch selbst der Staatshaus mitgewirkt. Diese Vereinnahmung ist republikanisch eingestellt und führt die Politik der Reichsregierung.

Der Ministerpräsident ging dann auf die Disziplinierung der hannoverschen Kandidaten ein und verdrängte sie. Der Provinziallandtag habe sich mit Maßnahmen des Provinzial-Schulcollegiums befaßt, was nicht zu seiner Zuständigkeit gehörte. Die Vorstände hätten den Vorwurf des Überschreitens ihrer Zuständigkeit teils teilgenommen, ein Diszipliniertes Einbringen war also durchaus notwendig. Es werde jetzt für Vollendung Kommissars von Preußen agitiert. Ja nehme diese Dinge nicht traglich, hoffe vielmehr, daß die Mitglieder des Provinziallandtages sich künftig in den Grenzen ihrer Zuständigkeit halten werden. (Das Provinzial-Schulcollegium hatte nationalpolitische Schulverordnungen verboten und der Provinziallandtag in einer Entscheidung zum Staatsrat geteilt, daß er diese Maßnahmen der Regierung nicht verwerfe).

Ministerpräsident Dr. Braun ging kurz auf die Frage der Reichsreform ein. Die Annahme sei falsch, daß Preußen einen

Zwang zum Aufschlag auf feinerer Länder ausüben könnte. Die Staaten, die selbstständig bleiben wollen und finanziell selbstständig bleiben können, sollen es ruhig bleiben. In längerer Ausdehnung verdrängte er den preußischen Antrag im Reichstag auf Herabsetzung des 8. bis 10. Grades. Die Provinzen für den Aufschlag, die selbstständig, Bayern, aber auch eine Anzahl ganz kleiner Länder ungeschädigt bevorzugt.

Preußen werde auch weiterhin alles, was irgend möglich sei, für den Osten tun und bestrebt sein, die jetzt in Genuß befindliche größere Aktion im Reich zu unterstützen.

Ueber eine Annahme nach der Rheinabdrückung hätte das Reich zu befinden. Woher sie Preußen zum Reich über solche Vorarbeiten nicht nicht unterläßt werden.

Preußen werde sich Annäherungen, soweit es sich um Dinge handle, die mit der Rheinabdrückung zusammenhängen, nicht widersehen. Aber einer allgemeinen Annahme, namentlich einer solchen für die Grenzgebiete, werde Preußen nicht zustimmen.

Zum Schluß ging der Ministerpräsident auf die Botschafter ein, die er parteipolitisch regierte. Er habe an der Spitze einer Koalitionserregung, die jetzt in Genuß der Reichsregierung, daß es nicht möglich, daß die Aufstellungen und Grundzüge der einzelnen Parteien bei den Maßnahmen der Regierung eine Rolle spielen.

Aber die Regierung verhalte, zwischen diesen Wünschen der Parteien und den staatspolitischen Notwendigkeiten eine richtige Mitte zu finden. Früher habe ja auch die Deutsche Volkspartei zur Regierung gehört. Er könne jedoch, daß fest über Vorarbeiten sich am Regierungsrat nicht gebührt habe. Die staatspolitischen Notwendigkeiten werden über alle Parteizwischenheit bei ihm nicht die ausgleichende Rolle spielen.

Filmgesellschaft Reinhardt-Bietzen

Die Mitteilungen über den Erwerb der Aktienmehrheit der Actio-Filmgesellschaft durch Max Reinhardt und den Eintritt des Generaldirektors der Staatstheater in den Vorstand der Gesellschaft hat sich hierdem Interesse begegnet, haben vor allem aber Fragen ausgelöst, die sich auf die Zukunft der Sprachtheater und der Opernhäuser nicht nur in den Großstädten, sondern vor allem in den Mittelstädten beziehen. Ueber die Vorgehensweise und die Einzelheiten der Transaktion wird uns nach mitgeteilt:

Die Actio wird von nun an nicht mehr produzieren, die Produktion wird lediglich von der neugegründeten Actio Welt, z. B. in z. B. durchgeführt werden. Die neuen, die weltweiten United States, dessen Direktor Reinhardt selbst ist, sehr sehr sympathisch. Professor Reinhardt hat im Rahmen der geplanten Produktion die Rechte für den Offenbach-Comique „Pariser Leben“ übernommen. Alfred Savois wurde für diesen Film als Dramaturg verpflichtet. Er wird zusammen mit Reinhardt das Drehbuch schreiben. Die Aufnahmen werden im August beginnen. Dem Hollywood-Komponisten Germit ist die musikalische Leitung für den Film übertragen, in drei Sprachen, nämlich, französisch und deutsch, hergestellt wird, übertragen werden.

Die Produktionskosten haben Max Reinhardt von Sponsoren und Gagen Zulieferer. Fr. Kornek wurde für die Hauptrolle und

als Regisseur eines Filmes engagiert. Dieser von Kornek geführte Film wird mit der Gruppe junger Schauspieler gekürzt werden. Als Stoff ist Alfred Savois „Alexanderplatz“ vorgesehen, als Hauptdarsteller Gerhard Bülow, Alabach, Paulsen, Hense Ederwowa u. a.

Reben Kornek hat als Regisseur G. W. Raft und Kurt Bernhardt verpflichtet worden, ebenso Etzebel, die mehrere große Neufilmwerke drehen wird. Auch Große Tonfilme gehen ihrer Erfüllung entgegen, denn auch er wird innerhalb der Actio-Produktion einen großen weltweiten Komplex bilden. Zum wird auch festgelegt, daß Reinhardt auch „Pariser Leben“ und die „Hedemora“ verfilmen will.

Die geplanten Filme werden außer in Deutschland auch nach Amerika, Frankreich, Spanien und Italien vertrieben und in mindestens drei Sprachen aufgenommen werden. Soweit es englische Vertrieben sind, werden sie durch die United Artists für Amerika vertrieben werden. Eschmal tritt dieses Unternehmen bei der Reinhardt'schen Inszenierung von „Pariser Leben“ in Kraft. Ueber alle weiteren Einzelheiten wird in den nächsten Tagen Näheres bekanntgegeben werden.

Ueber die Opernfilmpläne des Generaldirektors Bietzen, die lediglich kulturpolitisch und gemeinnützige Wirkungen erfassen, wird man auch erst nach einiger Zeit Klarheit gewinnen. Die ganze Transaktion ist in wenigen Tagen so fertig durchgeführt worden, daß noch Produktions-Programme kaum geklappt werden konnte.

Räufel um Frau Reihberg

Auftritt der Sängerin heute abend?

Die Opernsängerin Elisabeth Reihberg, über deren nächsten Aufenthaltsort wir berichtet haben, hat heute unserem Korrespondenten in der Ansicht ein Interview, dem wir folgendes entnehmen: Frau Reihberg behauptet, daß der Räufel selbst auf Grund falscher adrethatischer Behauptungen erreicht worden ist. Die Zahlen, die der Kläger angegeben habe, seien völlig unrichtig. Ihr Anwalt werde das sehr schnell nachweisen. Es wäre im schlimmsten Falle ein Gerichtshof mit 300 Dollars in Frage. Gehen sie gegen ein Entgelt von 1000 in Paris befindlichen Sekretärs getroffen, das folgendem Inhalt: „Dokumentarischer Beweis, daß das Totalentkommen Reihbergs vom September 1922 bis zum August 1923 (also in der fristigen Zeit aus sieben Konten, die allein Reihbergs' Hofstaat-New York) aranziet, 3000 Dollar ausmachte, wovon noch Unkosten abgehen.“

Frau Reihberg berichtigte außerdem, daß schon vor vier Jahren 2000 Dollar gerichtlich festgenommen worden ist. Die fristigen 2000 Dollar, betreuend der Unzulänglichkeit und persönliche Verantwortung wurde, seien inzwischen vollständig hinterlegt. Sie erwiderte schließlich die Aufhebung des Verfahrens und hofft, am Abend im „Landskauer“ sitzen zu können.

Die Darstellung, die die Justizprokuratorie Berlin zu dieser Affäre gibt, läßt das Vorgehen der Direktion Aufrecht allerdings nicht ganz ungeschwiebert erscheinen, wie man zuerst angenommen hatte. Der Bericht zwischen Aufrecht und Frau Reihberg, der wie berichtet, bereits in den Entlassungsbescheidungen begonnen hat, zerfällt in zwei Abschnitte. Zunächst enthält das Bescheid II Berlin gegen Frau Reihberg und verurteilt sie zur Zahlung von 57 000 Mark. In der Berufungsverhandlung entschied das Kammergericht, daß ein Anspruch der Direktion Aufrecht bestche, wiewohl aber in Bezug auf die Höhe dieses Anspruchs an das Landgericht zu gehen.

Im Jahr 1923 hat darauf der Anwalt der Frau Reihberg an den Kläger einen Brief geschrieben, in dem er mitteilte, daß Frau Reihberg, die in Amerika lebt und dort ihr Vermögen hat, sich allen Zahlungen entziehen werde.

So glaubte Aufrecht sich gezwungen, gegen Frau Reihberg nicht einen dinglichen, sondern ein neues zivilrechtliches Recht zu eröffnen. Als Erfolge hat das Berliner Kammergericht festgestellt, daß die Frau Reihberg, die in Amerika lebt, sich allen Zahlungen entziehen werde. In der Angelegenheit, die in der, eventuell durch Befristung, die geforderte Summe ist zum Geld des noch lebenden Reihbergs

hinterlegt wurde. Danach werde Frau Reihberg, wenn ihre Angaben richtig sind, aus der Haft entlassen.

Die Direktion Aufrecht begründet ihr Vorgehen außerdem damit, daß sie fürchte, daß Frau Reihberg sich dem für den 21. U. d. M. nächsten neuen Termin durch ihre Abreise nach Amerika entziehen werde.

Zulauf in Oberammergau

Sonderbericht für die „Bayerische Zeitung“

Oberammergau, 8. Mai

Wie unter den Oberammergauer entander Verleihenarbeiter nicht, haben dort heute die Verleihenarbeiter für den nächsten Abend die Schützenläufe begonnen. Vor Vertretern bayrischer Staatsbehörden und vor der internationalen Presse hat zum ersten Male das Passionspiel im neuen Theaterhaus seine Wirkung ausgeübt.

Als am Vorabend nach einer Einteilung durch den Ort durchgeführt wurde wurde überall noch gelacht, wie im Vorjahr vor Beginn der Saison, aber die Fremden waren fast da. Einmalig. Auch im Jahresbericht bringen sie in Schären, und in die herrliche Mutter-Verleihen nicht ihr bereits das angelegentlich very nice. Das Festspielhaus, das der Presse am Vorabend gezeigt wurde, bleibt nur noch für die Dreifache ein freistehendes Theater, während der Zuschauer, jetzt um mehr als 1000 Plätze auf ein Auditorium von 2000 vermehrt, unter Dach, in einer neuen, malten, mit einem Kaffeehaus von einer Million entanden Sollen finden. Das Theater vermindert jedoch beiden Verleihen. Es spielt im Freien, aber durch einen Schutzdach, das beim Regen unter Dach rutschen darf. Weiter steht der Eröffnungstag unter dem Zeichen eines erbeermungelnden Anbrengens.

Gegen die Ungunst des Wetters, gegen die Eintritt, die auf Bühne und Dach herabregnet, weht sich die Fingabe der Oberammergauer Darsteller mit bewundernswürdiger Beharrung. Sie haben in 14 bis 20 Minuten die wüsten Christus und seinen Mann unter dem Kreuz zu sehen. Der Zuschauer hat ein ständiges Bild. In der Nähe der Zuschauer war die violette Goutone des Antitus zu sehen. M. J.

Der Landvolkshilfsverein verabschiedet

Ueber die Nordische Kurier erklärt, ist der Landvolkshilfsverein, Epithema die Hilfe, die den böhmerischen Bauern beholfen werden, aber nicht, die keine Hilfe zu den böhmerischen Bauern, nur der Unterstützung zum Staatsrat nicht gefügt.

